V-26-127 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

Antragsteller*in: Bundesvorstand Beschlussdatum: 25.10.2019

Änderungsantrag zu V-26

Von Zeile 127 bis 141 löschen:

Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidigerinnen von Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeberinnen, aber auch Bürgerdialoge mehr und unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die deutsche Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie des Europäischen Rates voranzutreiben. Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen verbindlich durchsetzbar werden und ein Beitrag zu den Pariser Klimazielen geleistet werden. An der Schnittstelle zwischen Innen und Außen stehen die Menschenrechte von Geflüchteten und die Genfer Flüchtlingskonventionen. Bei dem angekündigten Neuaufschlag für Migration und Asyl wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von internationalem Recht hochzuhalten.